

Die Menschenrechte in Papua

Poengky Indarti

Papua, die östlichste Region Indonesiens und eine der konfliktreichsten des Landes, befindet sich in einer stagnierenden Lage. Auch wenn die indonesische Regierung alles unternimmt, um das Vertrauen der Papuas zu gewinnen, sei es durch einen Besuch des Präsidenten in der Region oder einigen Projekten, die die Region Papua fokussieren. Das Problem ist, dass diese Projekte nur seitens der Regierung in Jakarta beschlossen werden, ohne die Papuas mit in die Planung einzubeziehen. Die lokale Regierung in Papua ist zu sehr damit beschäftigt ihre eigenen Geschäfte zu machen, und so wird die Kluft zwischen der Hauptstadt und der entlegenen Region Papua immer größer.

Die Sonderautonomie, die Papua seit 2001 garantiert wird, wird von vielen Gruppen der Zivilgesellschaft nicht anerkannt. Deswegen hat die Zentralregierung die Einrichtung einer Einheit ab Mitte 2011 vorgesehen, die sich mit dem schnelleren Wachstum in Papua beschäftigt. Diese Einheit hat auch die Vollmacht, um einen konstruktiven Dialog zwischen Jakarta und Papua zu initiieren.

Währenddessen aber nehmen die Menschenrechtsverletzungen, die von Verletzungen der zivilen, politischen und wirtschaftlichen bis hin zu sozialen und kulturellen Rechten reichen, immer weiter zu. Die gewaltsamen Übergriffe des indonesischen Militärs auf Verdächtige des *Free Papua Movements* in Tinggimambut, Puncak Jaya, die auf YouTube hochgeladen wurden, stellen nur eine geringe Strafe für die Täter dar.

Die Situation von Menschenrechtsaktivisten in Papua

Die politische Linie, die die Regierung in Bezug auf Papua fährt, sieht auch Investitionen vor. Neben MIFEE (Merauke Integrated Food and Energy Estate) öffnete die Regierung auch die Städte Manokwari, Timika und Mamberamo für Entwicklungsvorhaben. Die Zahl der Migranten hat in Papua zugenommen und sorgt dafür, dass die Zahl der indigenen Bevölkerung schrumpft.

Seit dem letzten Besuch von Frau Hina Jilani hat sich die Menschenrechtssituation in Papua nicht verbessert. Frau Jilani fasst zusammen, dass eine unbestreitbare Atmosphäre von Angst in West Papua

herrscht, vor allem für diejenigen, die sich dafür einsetzen, dass papuanesische Gemeinschaften mitregieren dürfen und Kontrolle über ihre natürlichen Ressourcen sowie die Demilitarisierung der Provinz haben. Die Bedenken einiger Repräsentanten hinsichtlich der Situation von Menschenrechtsaktivisten in Papua bleiben, auch wenn die Polizei und die Militärautoritäten in Papua versprechen, dass es keine Politik gegen solche Aktivisten gibt.

Letztes Jahr begann eine Reihe von Misshandlungen von Journalisten in Papua. Es fing damit an, dass der Reporter der Tabloid *JUBI*, Ardiansyah Matrais, der regelmäßig über Fälle von Korruption und illegaler Abholzung berichtet, tot aufgefunden wurde. Seine Artikel wurden bis Anfang 2011 in dem Magazin *JUBI* und online veröffentlicht. Nach der Obduktion der Leiche gab die Polizei bekannt, dass Matrais ermordet und seine Leiche im Fluss versenkt wurde. Auch gab es Anzeichen an seinem Körper, dass er zuvor misshandelt wurde. Es wird allgemein angenommen, dass seine Ermordung im direkten Zusammenhang mit seinen Berichten über Korruption und illegale Abholzung steht. Außerdem wird vermutet, dass auch seine Berichterstattung über die am 2.8.2010 stattfindenden Wahlen damit zu tun hat. Die Stellungnahme des Polizeihauptquartiers Indonesien über den Tod von Ardiansyah Matrais weicht von der der lokalen Polizeibehörde ab. Denn aus dem offiziellen Autopsiebericht geht eindeutig hervor, dass Matrais umgebracht wurde. Trotzdem sagt die Polizei in Merauke, dass Ardiansyah Matrais Selbstmord begangen habe.

2010 gab es viele Drohungen gegen Reporter, alle stammen aus Merauke, Papua. Vor den lokalen Wahlen in Merauke am 2. August 2010 bekamen sie Drohbriefe, die mit Blut geschrieben wurden.

Jüngst, am 3. März 2011, wurde der Korrespondent von *The Jakarta Globe* und *Vivanews*, Banjir Ambarita, in Papua von Unbekannten erstochen. Banjir arbeitete gerade an einem Fall, in dem es um den sexuellen Missbrauch durch drei Polizisten in der Region geht.

Währenddessen nutzt die Polizei in Papua weiterhin Landesverrat als Vorwand, um die studentischen Bewegungen zu unterdrücken. Die Regierung benutzt das Etikett der Separatisten, um die Gewalt gegen Aktivisten in Papua zu rechtfertigen. Ziele der Gewalt sind Gruppen oder Individuen, die die Regierung kritisieren. Es reicht von kulturellen Gemeinderäten bis hin zu religiösen Führern.

Übersetzung aus dem Englischen von Ricarda Wagner.

Die Autorin ist Direktorin der Menschenrechtsorganisation *Imparsial*, Indonesia.